

# SVP und FDP sind gegen mehr Transparenz

**INITIATIVEN** Auf kantonaler Ebene erhalten Forderungen nach Offenlegung der Parteifinanzierung immer mehr Rückhalt. Das beeindruckt die Gegner auf nationaler Ebene jedoch nicht

Inzwischen sind es fünf Kantone, die bei der Parteienfinanzierung Transparenz verlangen. Das Tessin, Gené und Neuenburg haben bereits entsprechende Regelungen, und mit dem vergangenen Abstimmungswochenende kommen Freiburg und Schwyz dazu. Auf nationaler Ebene ist ebenfalls eine Initiative hängig. Der Bundesrat lehnt sie allerdings ab. Auf einen Gegenvorschlag will er verzichten. Und obwohl die Zustimmung in den Kantonen Freiburg und Schwyz den Initianten Rückenwind verschafft, signalisieren auch die SVP und die FDP kein Entgegenkommen. Am Nein hält zwar auch die CVP fest, die Partei anerkennt aber nach den Resultaten vom Wochenende Diskussionsbedarf.

Die nationale Transparenzinitiative verlangt, dass Parteien die Herkunft aller Spenden über 10 000 Franken offenlegen. Auch Personen und Komitees, die mehr als 100 000 Franken in einer Kampagne einsetzen, sollen Grossspenden deklarieren. Grosse Beträge dürften nicht anonym gespendet werden. Von den Parteien tragen SP, BDP, EVP, Grüne, deren Jungparteien sowie die Piratenpartei das Volksbegehren mit. Es ist im vergangenen Oktober eingereicht worden.

## Ein erster Schritt

Die GLP sieht ebenfalls Handlungsbedarf. Die Transparenzinitiative habe aber einige Schwächen und könne umgangen werden, sagt GLP-Nationalrätin Kathrin Bertschy (BE). Im Parlament hat sie deshalb im vergangenen Herbst eine parlamentarische Initiative eingereicht, die sie als «möglichen ersten Schritt» bezeichnet: Die jährlich 6,7 Millionen Franken Fraktionsbeiträge sollen nur noch an jene Fraktionen fließen, deren Parteien die Herkunft und die Höhe ihrer Zuwendungen ab einer gewissen Limite offenlegen. Gemäss Kathrin Bertschy will die GLP damit auf Anreize statt auf Zwang setzen. Man habe nach

einer Regelung gesucht, die ein Umdenken hin zu mehr Transparenz ermögliche, den Parteien aber Zeit für diesen Wandel lasse.

Im Parlament wurde der Vorstoss noch nicht behandelt. Wäre er ein Kompromissvorschlag, auf den sich links und rechts einigen könnten? Im Moment sieht es nicht danach aus. Nationalrätin Nadine Masshardt (SP, BE) unterstützt die parlamentarische Initiative zwar: «Sie deckt zumindest einen Aspekt ab», sagt sie. Doch insgesamt geht ihr der Vorschlag der GLP deutlich zu wenig weit, «denn uns geht es nicht nur um die Parteienfinanzierung, sondern auch um die Finanzierung von Wahl- und Abstimmungskampagnen».

## Entschieden Nein

FDP-Vizepräsident und Ständerat Andrea Caroni (AR) kann dem GLP-Vorschlag wenig abgewinnen: «Die Fraktionsbeiträge sind die Entschädigung für geleistete Fraktionsarbeit und sollten nicht an eine Offenlegungspflicht gekoppelt sein», sagt er. Seine Partei setzt weiterhin auf Freiwilligkeit und die Privatsphäre der Spender. Dass die FDP-Politiker nicht durch Spendengelder beeinflusst seien, dafür habe die Partei trotzdem gesorgt, betont Caroni: Gönnerbeiträge dürfen nicht höher sein als 1/15 des jährlichen Parteibudgets. Ausserdem wissen nur die Parteipräsidentin und der Generalsekretär, wer wie viel gespendet hat.

Auch die SVP bleibt bei ihrem entschiedenen Nein zur Initiative. Sowohl SVP als auch FDP und CVP kritisieren, von der Regulierung der Politikfinanzierung sei es nicht mehr weit zur staatlichen Parteifinanzierung. Gemäss CVP-Sprecher Manuel Ackermann hat sich an der ablehnenden Haltung der CVP zur Initiative bisher zwar nichts verändert. Aufgrund der Resultate vom Wochenende bestehe aber in der Partei das Bedürfnis, das Thema noch einmal vertieft zu diskutieren. *Brigitte Walser*



Reichten die Transparenzinitiative ein: Nationalrätin Nadine Masshardt (SP) und Nationalrätin Lisa Mazzone (Grüne).

Foto: Anthony Anex (Keystone)

## KANTON SCHWYZ

### Wie es zum Coup der Jusos gekommen ist

**Wunsch nach Transparenz, Misstrauen gegenüber der Obrigkeit und Ventilfunktion für Unzufriedene: Nach dem Ja zur Juso-Initiative wird nach Erklärungen gesucht.**

Für Schwyzer Verhältnisse war es ein Erdbeben. Zwar wurde die Transparenzinitiative der Jungsozialisten (Juso) mit 50,28 Prozent oder einem Stimmenmehr von 305 denkbar knapp angenommen. Angesichts der politischen Verhältnisse in Schwyz sorgte das Abstimmungsresultat aber schweizweit für Aufsehen: Der kumulierte Wähleranteil von SVP, CVP und FDP betrug bei den letzten Kantonsratswahlen fast 82 Prozent, und zudem setzt sich die Kantonsregierung rein bürgerlich zusammen. Ob-

wohl das Volksbegehren der Jusos nur von der SP unterstützt wurde, will nun eine Mehrheit der Schwyzer, dass Parteien und Politorganisationen künftig bei Wahlen und Abstimmungen ihre Finanzen offenlegen müssen.

«Das Abstimmungsresultat ist völlig überraschend», sagt FDP-Fraktionschef Dominik Zehnder. Deshalb hätten die Bürgerlichen auch keine nennenswerte Kampagne gegen die Initiative gemacht. «Wir wurden genauso auf dem falschen Fuss erwischt wie der bürgerliche Kanton Zürich im Jahre 2009, als die Initiative der linken Alternativen Liste (AL) zur Abschaffung der Pauschalsteuer unerwartet angenommen wurde.» Zehnder erklärt sich den Erfolg der Jusos einer-

seits mit einer gewissen Neugier der Schwyzer: «Man möchte wissen, woher das Geld der Parteien stammt – auch das der Linken.» Eine weitere Ursache für die Annahme der Initiative sieht er im «traditionellen Misstrauen der Schwyzer gegenüber der Obrigkeit».

## «Unmut wegen Zuzüger»

Eine andere These vertritt der frühere CVP-Generalsekretär und Professor der Politikwissenschaften Iwan Rickenbacher. «Da vor allem die Gemeinden im äusseren Kantonsgebiet am Zürichsee und in Einsiedeln Ja gestimmt haben, heisst das für mich, dass ein Teil der Bevölkerung in Ausserschwyz seinen Unmut über die negativen Auswirkungen des starken Bevölkerungswachstums be-

kundet hat», sagt der Schwyzer. Dabei denkt er vor allem an die einkommensstarken Neuzuzüger, die in Ausserschwyz die Immobilienpreise und Mieten in die Höhe treiben würden.

## Immer noch eine Mehrheit

Nun stellt sich die Frage, wie die Transparenzinitiative umgesetzt wird. Zwar haben sich die Grünliberalen – wenn auch nur knapp – dagegen ausgesprochen. Aber der Schwyzer GLP-Präsident Pietro Imhof hofft auf eine «echte» Umsetzung. Er rechnet jedoch damit, dass die SVP und die FDP, die zusammen in der Regierung und im Kantonsrat über eine Mehrheit verfügen, der Juso-Initiative «sämtliche Zähne ziehen» werden. *Michael Soukup*

## Abzüge sollen erhöht werden

**SCHAFFHAUSEN** Die Abzüge für die Krankenkassenprämien sollen erhöht werden – das fordert eine Motion im Schaffhauser Kantonsrat.

Im Kanton Schaffhausen sollen die Steuerabzüge für die Krankenkassenprämien erhöht werden. Dies fordert eine Motion, die vom Kantonsrat am Montag für erheblich erklärt wurde.

Die GLP-EVP-Fraktion wollte mit ihrer Motion die Abzüge beim steuerbaren Einkommen für Privatpersonen auf das deutlich höhere Niveau der Nachbarkantone Zürich und Thurgau anheben. Auf Druck der Regierung gab sich Motionär Rainer Schmidig (EVP) dann aber mit einer Erhöhung ohne konkreten Umfang zufrieden.

Familien mit zwei Kindern zahlten heute schnell einmal gegen 10 000 Franken Prämien pro Jahr für die obligatorische Grundversicherung, argumentierte Schmidig. Derzeit könne ein Elternpaar mit zwei Kindern aber nur 3600 Franken vom steuerbaren Einkommen abziehen. In den Nachbarkantonen sei der Abzug mit 7800 Franken mehr als doppelt so hoch. *sda*

## Meinungen zu Olympia-Kandidatur sind geteilt

**WINTERSPIELE** Im Walliser Kantonsparlament sind die Meinungen zur Olympia-Kandidatur für 2026 geteilt. So ist etwa die Frage einer Defizitgarantie noch ungeklärt.

Der Walliser Grosse Rat ist am Montag auf die Vorlage zur finanziellen Unterstützung für die Olympischen Winterspiele 2026 eingetreten. Die Meinungen zur Olympiakandidatur waren jedoch geteilt. Kritisch zeigten sich vor allem die Grünen, die SVP und Teile der SP. Ihrer Ansicht nach bleiben viele Fragen zu einem allfälligen Defizit offen. «Wenn die Antworten dazu später kommen, muss auch das Parlament später darüber diskutieren und die Abstimmung verschoben werden», sagte Cyrille Fauchère von der SVP Unterwallis. Die grüne Grossrätin Céline Dessimoz bezeichnete es als «schwierig, sich positiv über ein Projekt zu äussern, das derart viel Unsicherheit beinhaltet».

Für die Olympiakandidatur sprachen sich hingegen die FDP und die CVP aus. Von einem «guten Anschlag für die Erneuerung der touristischen Infrastruktur»

sprach Sidney Kamerzin von der CVP. Der zuständigen Kommission des Parlaments war es ein Anliegen, der finanziellen Unterstützung Leitplanken zu setzen. Sie schlug einen Zusatzartikel vor, gemäss dem die Walliser Regierung ihre finanzielle Unterstützung zurückziehen müsste, falls das dem Grossen Rat vorgelegte Projekt verändert würde.

## Offene Fragen

Der Walliser Staatsrat Frédéric Favre (FDP) konnte nicht alle Fragen beantworten. Er räumte ein, dass die Frage einer Defizitgarantie zwischen dem Kandidaturkomitee und dem Internationalen Olympischen Komitee bis zur kantonalen Volksabstimmung vom 10. Juni noch geklärt werden müsse. Er bekräftigte vor dem Kantonsparlament, dass die Kandidatur auf bestehenden Infrastrukturen aufbaue.

Das Eintreten auf das Geschäft war mit 95 zu 33 Stimmen bei einer Enthaltung unbestritten. Damit wurde der Weg frei für eine Detailberatung am Freitag zur finanziellen Unterstützung von maximal 100 Millionen Franken durch den Kanton. *sda*

## Kritik von «Kassensturz» war berechtigt

**MEDIEN** Das Bundesgericht weist die Beschwerde einer Thurgauer Firma gegen die SRG ab. Der «Kassensturz» hatte das Marketingsystem des Unternehmens angeprangert.

Das Bundesgericht ist nicht auf die Beschwerde eines Thurgauer Unternehmens gegen die SRG eingetreten. Der «Kassensturz» und «Espresso» prangerten das Marketingsystem der Firma zu Recht als schneeballähnlich an, wie das Thurgauer Obergericht am Montag mitteilte.

Das Unternehmen stellte Kosmetika sowie Nahrungsergänzungsmittel her und vertrieb seine Produkte über ein Multi-Level-Marketing-System, eine Art des Direktvertriebs. Bereits tätige Verkäufer gewannen weitere Verkaufsmitarbeiter. Die Vergütungen der Verkäufer der Vorstufen waren von der Verkaufstätigkeit der nachgelagerten Verkäuferstufen abhängig.

## Klage durch alle Instanzen

Das Unternehmen sah sich in seiner Persönlichkeit verletzt sowie in seinen Geschäftsverhältnissen herabgesetzt und verklagte im

März 2015 die SRG. Es beantragte die Löschung aller Beiträge und Leserkommentare auf der Website der SRG, die Publikation des Urteils auf deren Website und den Hinweis auf das Urteil in den Sendungen «Kassensturz» und «Espresso». Das Bezirksgericht Frauenfeld und das Obergericht Thurgau wiesen die Klage ab. Das Geschäftsmodell des Unternehmens weise Parallelen zu einem unzulässigen Schneeballsystem auf. «Das Anwerben neuer Distributoren und nicht der Produktverkauf an Endkunden steht im Vordergrund der Tätigkeit», so das Obergericht. Das Auftreten der Protagonisten des Unternehmens könne als missionarisch und sektiererisch empfunden werden. Damit sei der geschilderte Sachverhalt im Kern wahr.

Es bestehe ein erhebliches öffentliches Interesse daran, dass die Medien darüber kritisch berichteten, wobei dies in Konsumentensendungen durchaus bisshin getan werden dürfe. Schliesslich handle es sich für jedermann erkennbar um anwaltschaftlichen Journalismus. Entsprechend sei die Berichterstattung zulässig. *sda*

## In Kürze

### ERSTWOHNUNGEN

#### Bundesgericht hebt Baubewilligung auf

Der Bau von 27 Erstwohnungen auf einer Parzelle beim Thermalbad Bains de Saillon VS ist nicht zulässig. Dies hat das Bundesgericht entschieden. Das kommunale Baureglement lässt dort nur Bauten zu, die im Zusammenhang mit dem Betrieb des Bades stehen. Mit dem Entscheid des Gerichts ist die von der Gemeinde erteilte Baubewilligung aufgehoben worden. *sda*

### FLÜCHTLINGE

#### Petition fordert sichere Fluchtwege

Die Schweizerische Flüchtlingshilfe hat mit dem Hilfswerk der evangelischen Kirchen Schweiz (Heks) eine Petition lanciert. Sie fordert, dass es sichere und legale Fluchtwege in die Schweiz geben soll. Zudem soll die Schweiz jährlich 10 000 Flüchtlinge aufnehmen. «Flüchtlingen Schutz zu gewähren, ist eine humanitäre Verpflichtung. Gerade die Schweiz sollte hier eine Vorbildfunktion übernehmen. Wir können noch viel mehr tun», sagt Heks-Direktor Peter Merz. *sda*